

Haushaltsrede der FWV Fraktion am 12.12.2016 zum Haushalt 2017

Sperrvermerk Montag, 12.12.2016 14.30

„Es gilt das gesprochene Wort“

Meine sehr geehrten Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen des Kreistags,

verehrte Mitarbeiter,

sehr geehrter Herr Landrat,

wenn man so die ersten Passagen Ihrer Haushaltsrede liest, Herr Landrat, könnte einem schon fast angst und bang werden. Da ist die Rede davon,

dass wir vor unzähligen Fragen stehen,

dass diese Fragen zu einer schwierigen Aufstellung des Haushalts 2017 führen,

dass Investitionsplanungen mehr denn je unter Finanzierungsvorbehalt stehen,

dass wir uns bis 2021 auf dünnem Eis bewegen,

man kann also festhalten: die Aussichten, würde man Ihnen folgen, sind sehr, sehr schwierig.

Meine Damen und Herren, jetzt machen wir gemeinsam eine kleine Zeitreise:

Das Haushaltsjahr 2011 schloss mit einem Überschuss von 0,6 Mio ab, dieser wurde der Rücklage zugeführt

Das Haushaltsjahr 2012 schloss mit einem Überschuss von 0,5 Mio ab, dieser wurde der Rücklage zugeführt

Das Haushaltsjahr 2013 schloss mit einem Überschuss von 4,3 Mio ab, welche der Rücklage zugeführt wurden

Dem Kreistag wurde in der Haushaltsrede für 2013 attestiert, seine Finanzpolitik sei von Kurzsichtigkeit geprägt, andere Landkreise würden Millionen auf die Seite legen, der Kreistag würde den Enzkreis in die Verschuldung treiben

Das Haushaltsjahr 2014 schloss mit einem Überschuss von 8 Mio ab, dieser wurde der Rücklage zugeführt

Und man hat dem Enzkreis attestiert, er stünde bundesweit mit geordneten Finanzen da und im Finanzzwischenbericht für das Jahr 2014 war bereits im Sommer 2014 zu lesen:

Dennoch ist bereits zu diesem Zeitpunkt im Jahr, gemeint ist Sommer 2014, eine Tendenz zu erkennen, dass der Haushaltsplan im Ergebnis weitgehend nach Plan bzw. leicht positiv verläuft.

Im Finanzzwischenbericht 2015 steht dann, dass sich in der Summe bestätigt, dass der Haushalt 2015 einen positiven Verlauf nimmt und (Sommer 2015) eine Verbesserung gegenüber dem Plan zu verzeichnen ist

Und der Abschluss 2015 weist dann einen Überschuss von 13,4 Mio aus, der der Rücklage zugeführt wird.

Im Finanzzwischenbericht 2016 heißt es, dennoch ist bereits zu diesem Zeitpunkt im Jahr eine Tendenz zu erkennen, dass der Haushaltsplan im Ergebnis weitgehend nach Plan bzw. leicht positiv läuft.

Das Ergebnis ist mit knapp 4 Mio Überschuss prognostiziert, die der Rücklage zugeführt werden sollen.

Meine Damen und Herren, was glauben Sie, wird im Juli 2017 im ersten Finanzzwischenbericht stehen?

Sie haben recht Herr Landrat, einen nassen Schwamm kann man nicht ausdrücken, der trieft von ganz allein.

Also, es ist genügend Geld da und insoweit war der fraktionsübergreifende Antrag auf Festzurren der Kreisumlage nur folgerichtig.

Um nicht falsch verstanden zu werden, Herr Stephan, Sie machen Ihre Arbeit sehr gut, ein Kämmerer muss „Dollarzeichen“ in den Augen haben.

Aber Sie Herr Landrat, Sie jammern schon auf hohem Niveau. Es ist genügend Geld da, gerade beim Landkreis. Wenn schon vom Land weitere Zuweisungen erfolgen, und das war schon bei Einbringung des Haushaltes bekannt, sollte man auch mal ein Wort darüber verlieren, was mit dem Geld geschehen soll. Bis zum VWA wurde kein Wort daraufhin verwandt, dass das Geld zur Senkung der Kreisumlage genommen werden soll. Von daher halte ich auch die an

einzelnen Mitgliedern im VWA vorgebrachte Kritik von Ihnen Herr Landrat für völlig unangebracht.

Weil ja so oft der Blick in Richtung der Rücklagen der Gemeinden des Enzkreises geht, nochmals: Finger weg, es ist nicht ihr Geld. Sie sollten stattdessen froh und stolz sein, wenn die Gemeinden ihren eigenen Aufgaben nachkommen können.

Nehmen Sie doch einmal Ihre eigenen Rücklagen – die gibt es ja auch noch. Ich glaube, da werden wir uns nächstes Jahr mal darüber unterhalten.

Und ein weiterer Fakt: die Gemeinden des Enzkreises haben im Verhältnis des Landes eine unterdurchschnittliche Steuerkraft und dennoch eine gute bis sehr gute Aufgabenerfüllung. Es genügt auch nicht, wenn man sich eine oder zwei Gemeinden herauspicks, denen es im Verhältnis sehr gut geht.

Man könnte als Maßstab auch einmal die Gemeinden heranziehen, die in der Steuerkraft ganz hinten rangieren und gerade mal so über die Runden kommen.

Doch nun zu einigen wenigen Haushaltsthemen.

Fangen wir mit dem ZPT an. Es mutet schon merkwürdig an, wie die Stadt Pforzheim mit diesem Thema an den Landkreis herangetreten ist. Details sind jedem bekannt.

Niemand zweifelt daran, dass es sich dem Grunde nach um eine gute Idee handelt. Nur ist es schon eine sehr, sehr komfortable Situation, wenn ich eine Idee habe und andere bezahlen die Umsetzung!

Unsere Fraktion erwartet erstens entweder ein schlüssiges Gesamtkonzept durch die WfG, was dann auch zu einer guten Zusammenarbeit innerhalb der gesamten Region Nordschwarzwald führen kann

Oder zweitens eine beachtliche Beteiligung der Wirtschaft, die letztendlich der Profiteur davon ist. Unsere überwiegend in der Fraktion herrschende Meinung stellt sich dabei einen Betrag vor, den sich der Enzkreis und die Wirtschaft etwa hälftig teilen. Andernfalls dürfte ziemlicher Widerstand von einem Großteil unserer Fraktion zu erwarten sein.

Ebenso hat man schon manchmal den Eindruck, bei der Stadt wird erst geplant, beschlossen und dann überlegt, wo das Geld herkommt. Gerade hier beim ZPT verringert sich zB bei einer Beteiligung Dritter der Abmangel der Stadt nur unwesentlich, da ja die MwSt nicht optiert werden kann, was gleich mal fast 20% höhere Ausgaben bedeutet.

Solide Finanzpolitik macht man anders.

Zur Personalsituation des Landkreises

Wir sind der Auffassung, dass der Enzkreis weder üppig bestückt noch unterbesetzt ist, was das Personal angeht. Was die landesweit immer so einmalig tiefen Personalkosten angeht, hätten wir gern auch mal einen Vergleich. Bislang wird behauptet, nicht belegt.

Wobei auch solche Vergleiche oftmals „hinken“, je nachdem ob und in welcher Organisationsform Personal beim Kernhaushalt enthalten ist oder nicht. Z.B. Reinigung, eigenes Personal – höhere Personalkosten.....

Nachhaltigkeit, Mobilität, Ressourcen usw.

Es ist erfreulich, dass das ebz nun endlich um den Enzkreis erweitert an den Start ging und wir glauben, wir haben noch einen langen Weg vor uns. Nach wie vor ist noch nicht in jedem Bereich des ebz`s angelandet, dass der Enzkreis und die Stadt Pforzheim/SWP gemeinsam für eine regionale Energieagentur verantwortlich sind. Durch den Beitritt des Enzkreises sollen die Felder der Kommunalberatung bearbeitet und der Einstieg in den Klimaschutz vorbereitet werden. Nachhaltigkeit kann nur gemeinsam umgesetzt werden und nicht nur unter der Sichtweise von Wertschöpfungsaspekten.

Abfallwirtschaft

Die Neukalkulation der Müllgebühren wurde erforderlich, weil deutliche Preissteigerungen beim Einsammeln, Transportieren und Sortieren im Zuge der letzten Ausschreibung zu verzeichnen waren oder auch durch Preissteigerungen bei der Altholzentsorgung.

Der Hauptgrund ist aber durch eine deutliche Erhöhung der Nachsorgekosten für die Deponie Hamberg entstanden. Der Gesetzgeber hat die Standards wesentlich angehoben, auch auf einen viel längeren Zeitraum (bis zu 100 Jahren). Die benötigten Mittel für den erweiterten Aufwand in Höhe von rd. 14 Mio. € müssen in den nächsten 15 Jahren gebührenwirksam bereitgestellt werden.

Durch die geschilderten Maßnahmen ist eine Gebührenanpassung notwendig, die, wenn die einzelnen Beträge zwischen 2016 und 2017 verglichen werden, relativ hoch erscheinen. Dabei zeigt aber ein Blick auf die Gebührenbescheide der Vergangenheit über Jahre hinweg einen deutlichen Rückgang, dank der vorausschauenden Abfallpolitik.

Zwei Beispiele belegen dies:

Der Jahresbetrag für einen 2-Personen HH betrug 2011 und 2012 58,20 €, 2017 sind dies 66,-- €;

der Jahresbetrag für einen 3-Personen HH betrug 2002 114,- € 2017 werden es 81,60 € sein, dh.: die Gebühren sind im Vergleich zu vor 5 bzw. 6 Jahren in etwa gleich trotz Erhöhung und im Vergleich mit den Beträgen von vor 15 Jahren immer noch deutlich niedriger!

Eine solche Gebührenerhöhung ist sicher nicht populär, in diesem Fall aber darf man als Entscheidungsträger ein gutes Gewissen haben und Verständnis erwarten, denn hier geht es auch um die Generationengerechtigkeit. Die Nachsorgekosten für unseren Unrat dürfen wir nicht den Kindern und Kindeskindern aufbürden.

ÖPNV – ein schier unerschöpfliches Thema

Nimmt man mal die beiden Kostenblöcke Zuschuss zum ÖPNV und die Schülerbeförderung sind wir nächstes Jahr schon über die 8 Mio Grenze gesprungen – eine gewaltige Summe.

Was unsere Freie Wähler zur Zeit beschäftigt, ist die Qualität des regionalen Nahverkehrs auf der Schiene. Jede Woche erreichen uns Beschwerden zahlreicher Pendler und Schüler, die unter Verspätungen, Zugausfällen oder mangelndem Wagenmaterial berichten. Seit Jahren hört man immer dasselbe: kein Geld dafür da.

Zuständig dafür ist das Land Baden-Württemberg. Durch Ausschreibungen werden ja Teilnetze auf verschiedene Anbieter übertragen, so wie ZB bei uns die AVG.

Nur fragen wir uns: warum sollen wir mit einem Anbieter zusammengehen, der seinem Auftrag nur unzureichend nachkommt? Wir erinnern uns: unter dem sogenannten Nahverkehrspapst Ludwig wurde der ÖPNV in der Region zur Erfolgsgeschichte.

Mittlerweile gibt es zu wenig Wagenmaterial, zu wenig Lokführer und seit 5 Jahren vertröstende Antworten.

Für uns steht ein Zusammengehen, wenn überhaupt, erst dann zur Debatte, wenn aller erstens einmal konkrete Vorstellungen und vor allem, Zahlen existieren, was kostet das denn eigentlich?

Und weiterhin, erwarten wir einen Partner, der einen seriösen Ruf genießt. D.h. seiner Aufgabe gewachsen ist. Ein wie auch immer geartetes Zusammengehen müsste auch spürbare Verbesserungen bringen.

Ebenso halten wir unseren VPE für leistungsfähig und wenig kritikwürdig.

Stichwort Breitband

Der Breitbandausbau schreitet voran – schnelles Internet im Schneckentempo, stand einmal in der Zeitung. Was jedoch immer übersehen wird, ist der unglaubliche bürokratische Aufwand, um an die Fördermöglichkeiten heranzukommen.

Künftig werden die Gemeinden hier mehr und mehr gefordert sein. Nach dem Aufbau des Backbone Netzes werden innerörtliche Planungen und eine Betreibersuche auf der Agenda stehen. Die damit einhergehende personelle Aufstockung und Ausweitung trägt der Zweckverband selbst, tangiert finanziell also den Enzkreis nicht weiter, als bisher.

Kommen wir nun zum großen Sozialbereich

Die Flüchtlingspolitik wird uns auch künftig weiter beschäftigen. Wie unschwer den vorausgegangenen Tagesordnungspunkten und den gemeinsamen fraktionsübergreifenden Anträgen zu entnehmen war, sieht der Kreistag andere Schwerpunkte, als sich jetzt möglichst schnell von den Unterkünften zu trennen.

Wir wiederholen nochmals: die Solidarität zwischen Landkreis und den Städten und Gemeinden endet nicht mit der vorläufigen Unterbringung. Auffallend war, dass in der Vergangenheit vieles nur auf Zuruf, Vertrauen und einer intensiven Zusammenarbeit fußte.

Jedoch, was uns stutzig macht, ist, dass in letzter Zeit immer wieder der Gesetzestext zitiert und herangezogen wird:

Die Gemeinden sind jetzt ab der Anschlußunterbringung zuständig, spätestens nach 2 Jahren. Dieser Satz wurde immer und immer wieder gebraucht.

Wen wundert es dann, wenn man von der vorherigen so hoch gelobten Solidarität nun so wenig zurückbekommt? Wer hat denn vor Ort alles mögliche umgesetzt, möglich gemacht, sich ins Zeug gelegt? Anscheinend ist Fingerspitzengefühl und kommunales Denken manchmal nicht gerade eine weitverbreitete Eigenschaft in der Chefetage des Landratsamtes.

Wir möchten mahnen: Enzkreis – Ruhe bewahren, wer weiß, was noch kommt!
Vertrauen ist ein empfindliches Pflänzlein.

Doch zurück zum Sozialbereich

Stellschrauben gibt es ja kaum welche. Die einzigen Anstrengungen, die man immer und immer wieder machen kann, dass möglichst wenig Menschen in stationären Einrichtungen kommen oder Menschen an die Hand genommen werden, um irgendwie wieder auf eigenen Füßen zu stehen.

Jedoch macht mich nachdenklich, wenn ein so reiches und vermögendes Land wie unsere Republik ständig steigende Fallzahlen bzw. steigende Sozialausgaben hat. Wir hoffen und wünschen, dass man aber auch die Menschen und Schicksale dahinter wahrnimmt, die manchmal unverschuldet in solche Situationen kommen.

Wenn jetzt wegen eines Abgasskandals über 20.000 Menschen einen Arbeitsplatz verlieren sollten, ist einfach etwas nicht in Ordnung in unserer Republik.

Ein anderes Beispiel, was denkt sich eigentlich der Bundesgesetzgeber bei der Novelle zum Unterhaltsvorschußgesetz?

Das bedeutet, steigende Fallzahlen, steigende Personalkosten, die beim Landkreis hängen bleiben und auch steigende uneinbringliche Forderungen. Gilt hier auch das Konnexitätsprinzip? Wer bestellt bezahlt, spricht, erstattet der Bund dann auch diese Kosten?

Zu den Kliniken:

Unsere beiden Krankenhäuser, einschließlich der Reha- Klinik, konnten in diesem Jahr sehr hohe Belegungszahlen und eine Zunahme ambulanter Operationen verzeichnen. Ein Beleg dafür, dass die Patienten mit dem Angebot und den ärztlichen und pflegerischen Diensten zufrieden sind.

Die Etablierung der Akutkardiologie und der Gastroenterologie in Mühlacker oder das zum 1.1.2016 in Betrieb gegangene Gelenkzentrum Nordschwarzwald konnten sich in kürzester Zeit einen so guten Ruf erwerben, dass sich durch die Steigerung der Fallzahlen zu Ende des Jahres auch finanziell ein deutlich besseres Ergebnis als geplant abzeichnet. Für 2017 sehen die Prognosen noch günstiger aus. Es ist aber zu bemerken, und das ist ärgerlich, dass sowohl das Land als auch der Bund ihren finanziellen Verpflichtungen nach wie vor nicht vollumfänglich nachkommen. Auch und gerade deshalb steht die erstrebenswerte „schwarze Null“ noch in weiter Ferne!

Die strukturellen Maßnahmen innerhalb der Klinik Holding – genannt seien hier z.B. die teilweise Schließung des Krankenhauses in Vaihingen – machen sich besonders in Mühlacker positiv bemerkbar. Neben einer soliden Grund- und Regelversorgung sollen sich die einzelnen Häuser zukünftig auf medizinische Schwerpunkte spezialisieren. Dies bedeutet in der Konsequenz, dass Patienten über Kreis- und Stadtgrenzen hinweg zur möglichst besten Behandlung und Betreuung geleitet werden.

Wir Freien Wähler unterstützen die geplanten noch anstehenden Sanierungs- und Baumaßnahmen in Neuenbürg und Mühlacker, weil wir leistungsfähige, moderne Kliniken als einen zentralen Beitrag zur Daseinsvorsorge unserer Bevölkerung sehen.

Dank möchten wir an dieser Stelle - neben unserem Klinikpersonal - auch Herrn Nusser sagen und - ganz besonders in diesem Jahr- dem Geschäftsführer der RKH, Herrn Prof. Dr. Jörg Martin, der vor zwei Wochen von den Aufsichtsräten der drei Landkreise auf weitere fünf Jahre gewählt wurde. Er hat der Regionalen Klinik Holding seinen unverkennbaren Stempel aufgedrückt und

dafür gesorgt, dass wir als kommunale Träger der Kliniken optimistischer in die Zukunft blicken können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Freie Wählervereinigung wird dem Haushalt 2017 mit den beantragten und vorgelegten Änderungen zustimmen.

Ihnen allen, liebe Kreistagskolleginnen und Kollegen, danke ich für das kollegiale Miteinander, Ihnen Herr Landrat mit all Ihren Dezernenten und Mitarbeitern danken wir für die geleistete Arbeit für die Menschen in unserem Enzkreis.

Uns allen ein gesegnetes und friedvolles Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins Neue Jahr – vielen Dank.

Ötisheim, im Dezember 2016

Werner Henle

Fraktionsvorsitzender